

BRENNPUNKTE (DPA)

Guerilla-Konflikt in Kolumbien offiziell zu Ende

Veröffentlicht am 15.08.2017 | Lesedauer: 3 Minuten



Quelle: dpa

Bogotá - Mit der offiziellen Übergabe der letzten Waffen ist der mehr als 50 Jahre alte Konflikt mit der linken Farc-Guerilla in Kolumbien endgültig für beendet erklärt worden.

Vertreter der Vereinten Nationen übernahmen die letzten zwei Container mit Waffen und Sprengstoff. An dem feierlichen Akt in Fonseca, im Osten an der Grenze zu Venezuela, nahm auch Kolumbiens Präsident Juan Manuel Santos teil. Er sprach von einem «historischen Tag für das Land».

Nach Angaben des Chefs der UN-Mission, Jean Arnault, wurden insgesamt 8112 Waffen und 1,3 Millionen Patronen eingesammelt. Die Waffen waren schon zuvor alle zusammengetragen und in Containern in den sogenannten Friedenszonen

aufbewahrt worden, mit dem Verlassen der letzten Container wurde aber nun offiziell die letzte Etappe des Friedens- und Entwaffnungsprozesses abgeschlossen.

Präsident Santos betonte: «Jetzt können wir Zonen des Landes entwickeln, die wir nie entwickeln konnten.» Durch den 1964 begonnenen Konflikt war der Staat in vielen Regionen nicht präsent, dort blühte der Drogenhandel, Schutzgeld wurde erpresst und viele Menschen wurden in andere Teile des südamerikanischen Landes vertrieben. Durch das Ende des Konflikts gibt es Hoffnungen auf einen starken wirtschaftlichen Aufschwung.

Für seine Bemühungen, diesen längsten Konflikt der westlichen Hemisphäre zu beenden, hatte Santos 2016 den Friedensnobelpreis zugesprochen bekommen. Über 220 000 Menschen starben im Zuge des Konflikts zwischen Guerillagruppen, Streitkräften und rechten Paramilitärs.

Die jetzt eingesammelten Waffen sollen eingeschmolzen und als Friedensmahnmale in Kolumbien, in New York (<https://www.welt.de/themen/new-york-staedtereise/>) am Sitz der Vereinten Nationen und in Havanna, dem Ort der fast vierjährigen Friedensverhandlungen, an den blutigen Konflikt erinnern.

Der Name Farc steht für Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens). Eines der Ziele der Guerilla war anfangs vor allem eine gerechtere Landverteilung. Der im vergangenen Jahr beschlossene Friedensvertrag sieht eine Sonderjustiz für ehemalige Farc-Kämpfer vor. Vereinbart wurde, dass es selbst für schwere Verbrechen Freiheitsstrafen von maximal acht Jahren gibt, die verurteilte Ex-Kämpfer zudem überwiegend im Hausarrest auf ländlichen Farmen verbüßen können.

Noch keinen Friedensvertrag gibt es mit der kleineren ELN-Guerilla, die aber zuletzt immer weiter dezimiert wurde. In diesem Jahr wurden bereits 24 führende ELN-Mitglieder festgenommen. Zudem drohen in früher von der Farc dominierten Zonen andere Banden die Kontrolle über den Koka-Anbau und Drogenhandel zu übernehmen.

Die Vereinten Nationen hatten in den vergangenen Monaten in 26 von Militär und UN bewachten Entwaffnungszonen Tausende Waffen, Granaten und andere Munition von den zuletzt 6800 Kämpfern eingesammelt. Diese hatten sich dort seit Anfang des Jahres gesammelt, um den Übergang in ein normales Leben vorzubereiten. Die Farc strebt ein politisches Projekt an und will in bis September eine Partei gründen, in den ersten Jahren werden der Partei zehn Kongresssitze garantiert.

Im September will Papst Franziskus Kolumbien besuchen, um den historischen Friedensprozess zu würdigen. Einer der Chef-Unterhändler der Farc-Rebellen, Luciano Marín, betonte: «Wir wollen keine politischen Morde mehr in einem Land, wo ein Friedensabkommen unterzeichnet worden ist, das heute ein Beispiel für die Welt ist.»

dpa-infocom GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/167712900>